

Aufgesplitterte Entscheidungen

Corona-Maßnahmen: „Heillosen Wirrwarr“, FR-Titel vom 17. November

Sinnvolle Maßnahmen werden nicht mal angedacht

Die aktuellen Meldungen über die wirren und widersprüchlichen Corona-Maßnahmen von Bundes- und Landesregierungen zeichnen ein armseliges Bild unserer verantwortlichen Politiker. Kaum verlangt die Kanzlerin weitgehende Alltagseinschränkungen (über die im Details schon etwas näher zu diskutieren wäre), widersprechen die Landesfürsten in fast allen Punkten. Dabei verlieren beide Seiten völlig aus dem Blick, dass wesentliche sinnvolle Einschränkungen noch nicht mal angedacht werden:

Da jetteten ein paar Kids, die nicht erwachsen werden wollen, rund um den Globus, und anschließend überschütten sie sich gegenseitig mit Sekt wie 15-Jährige auf ihrem ersten Besäufnis. Uns anderen wird (zu Recht) vom Reisen abgeraten. Die Profifußballer kicken mehrmals in der Woche irgendwo in ganz Europa um einen Beweis, wer besser ist, was für die allgemeine Gesundheit unserer Bevölkerung eher nebensächlich sein dürfte; gleichzeitig aber sind europaweit Sportstudios, Schwimmbäder und andere gesundheitsrelevante Einrichtungen geschlossen – das steht in keinem gesunden Verhältnis. Unsere Kinder brauchen Sportunterricht, Ältere können die Übungen aus den Sportstudios mangels Geräten und Kontrolle alleine zu Hause nur völlig unzureichend absolvieren.

Und Kicker, die sich berufsbedingt anrempeln, benötigen Testmaterial, das eigentlich für Personen in Krankenhäusern nötig wäre. Das ist doch bescheuert! Selbst wenn das alles völlig unter Kontrolle wäre, ist es immerhin ein schlechtes Beispiel für die Millionen, welche erhebliche Einschränkungen in ihrem beruflichen und familiären Um-

feld hinnehmen müssen. Hier erwarte ich ein Umdenken weg von den finanziellen Interessen hin zur allgemeinen Vorsorge für alle. Manfred Stibaner, Dreieich

Kleinstaaterei ist fehl am Platz

Inzwischen fühle ich mich den Ministerpräsident:innen hilflos ausgeliefert und von ihnen im Stich gelassen. Wider jede Vernunft und Empfehlung vertagen sie notwendige Entscheidungen in Sachen Pandemie-Eindämmung um eine Woche, die fehlen kann und dann dazu führen könnten, was doch alle vermeiden wollen: die Überlastung der Gesundheitsämter, der Krankenhäuser, der Geduld der Bürger. Ich erwarte klare Entscheidungen und kein Empfehlungsschwurbel. Daran hält sich doch eh kaum einer. Die MPs – bis auf Ausnahmen – verharmlosen das Geschehen, wie sie es auch schon im Sommer taten. Motto: Alles nicht so schlimm. Im Herbst ist es schlimm geworden. Die Monate dazwischen ließen die MPs verstreichen. Oder hat jemand die Schulen baulich auf einen Coronawinter vorbereitet oder deren digitale Ausstattung vorangetrieben oder ein paar Schulbusse mehr geordert? Oder die Krankenhäuser personell besser ausgestattet?

Nichts dergleichen ist ausreichend geschehen. Und das fällt ihnen und uns jetzt auf die Füße. Respekt, Frau Bundeskanzlerin – sie bleiben konsequent und mahnen fällige, harte Entscheidungen an. Man merkt, dass Ihnen der aktuelle Kurs nicht gefällt. Doch lässt man sie im Regen stehen – man sei doch keine nachgeordnete Behörde. Mir reicht es! Das Virus kann nur mit überall gleicher Konsequenz bekämpft werden. Kleinstaaterei und Eitelkeiten von MPs sind fehl am Platz. Ich hoffe, wir denken – wenn

denn mal alles vorbei ist – auch darüber nach, ob es wirklich von Vorteil ist, so Vieles so aufgesplittert zu entscheiden.

Bertram Münzer, Gütersloh

Reizüberflutung im kindlichen Alltag

Viele erinnern sich bestimmt noch gut an die 60er, 70er Jahre. Da waren ein bis zwei feste Spielfreunde für die Freizeitgestaltung völlig normal und gereichten der psychischen Gesundheit ganz bestimmt nicht zum Schaden. Das Kind erlebte sich früh in einer „Zweier-Beziehung“, in die dann gelegentlich ein Dritter Dynamik hineinbrachte. Wozu also jetzt die große Aufregung beim Appell an die Eltern, die Anzahl der Spielkontakte bei Kindern radikal zurückzufahren? Vielleicht endlich eine Chance, die Unruhe und Reizüberflutung aus dem kindlichen Alltag herauszunehmen?

Auch ein Restaurantbesuch war damals noch etwas Besonderes, man hatte per se großzügigen Abstand zu den Tischnachbarn, um in Ruhe zu genießen. Bis die Profitgier der Gastwirte zu immer noch mehr Tischen im Raum und viel Billigpersonal zum Bedienen führte. Urlaub war „echter“ Urlaub, Erholung vom Arbeitsleben, keine Shopping- oder Safttour für ein paar Stunden dank Billigfliegern mit unterbezahltem Personal. Waren die Menschen in dieser vergangenen Zeit wirklich so viel schlechter dran als in unserer heutigen Konsumgesellschaft mit immer mehr Masse statt Klasse?

Jetzt umzudenken, sich an ein anderes Leben zu gewöhnen, tut weh, weil uns so dermaßen fremd. Es ist aber unumgänglich in einer Welt mit Corona und kann auch neue Chancen eröffnen.

Sylvia Heger, Dortmund

Diskussion: frblog.de/gottschalk



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/ff-20201116.

Außerdem:

Gesundheitsamt und Aerosole
Die „Querdenker“ und das Gesetz
Grüne - wogegen, wofür?
Wohin steuern die USA?
Die Nibelungentreue der SPD
Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert „Freund, Partner oder Gegner: Russland und der Westen“ mit Marieluise Beck (Zentrum Liberale Moderne), Manfred Sapper (Zeitschrift „Osteuropa“) und Hans-Joachim Spanger von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die Podiumsdebatte kann verfolgt werden unter: youtube.com/hausamdom.
Montag, 23. November, 19 Uhr

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neu erschienenen Roman „McWeir – Virenkrieg V“. Anmeldung nötig. Info: ybersinn.de/2020/09/24/lesung
Donnerstag, 17. Dezember, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstraße 32, Frankfurt

Die Sünden der Grünen

Zu: „Der Preis des Regierens“, FR-Meinung vom 14. November

Stephan Hebel beschreibt den Konflikt, in dem sich die hessischen Grünen in der Landesregierung angesichts der Situation im Dannenröder Forst befinden. Im Grunde ist es der schon von Max Weber diagnostizierte Konflikt zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Die Grünen wollen ihre „Gestaltungsmacht“ im Lande nicht aufgeben zugunsten ihrer ökologischen Prinzipien. Es ist nicht ihr erster „Sündenfall“ auf diesem Gebiet: Hebel verweist auf „Stuttgart 21“, das katastrophenträchtige Milliardengrab. Hieran lässt sich ablesen, wohin es führt, wenn eine Partei, die als Oppositionspartei angetreten ist, Regierungsmacht übernimmt. Die SPD kann ein Lied davon singen, eine seiner Strophen heißt „Hartz IV“. Den Linken steht diese Erfahrung noch bevor, sie befinden sich an der Wegscheide, aber Gregor Gysi und andere sind fest entschlossen, die Partei in die „Regierungsverantwortung“ zu führen.

Hebel empfiehlt den hessischen Regierungsgrünen die Rückkehr zur Basisdemokratie. Er hofft dass ihnen durch die Berührung mit der Erde, wie einst dem mythischen Riesen Antaios, neue Kräfte erwachsen würden. Wahrscheinlicher als dieses optimistische Szenario ist jedoch die Vermutung, dass sich die Partei mittelfristig spaltet und eine neue Fundamentalopposition entsteht. Das wäre dann der Preis, den sie für die Teilhabe an der Macht zu bezahlen hätte.

Ingeborg Gerlach, Braunschweig

Diskussion: frblog.de/verkehrswende

Wo bleibt der Kunstgipfel?

Zu: „Mehr Hilfen für die Autobranche“, FR-Wirtschaft vom 18. November

Autogipfel, Lufthansagipfel – auf den Gipfel für die systemrelevanten Verkäufer:innen, Pfleger:innen in Krankenhäusern und Pflegeheimen, die Lkw-Fahrer:innen, Paketzusteller:innen warte ich immer noch. Mit einem Jahresumsatz von rund 130 Milliarden nimmt nach meinen Informationen der Kunstbereich (Theater, Kino, Museen u.a.) Platz drei in der Wirtschaft ein. Und der Kunstgipfel? Fehlanzeige. Vom Gastgewerbe und Hotelbereich will ich gar nicht reden.

Liebe Politiker:innen, einer Verkäufer:in, der Bedienung im Restaurant ist die Genderschreib- und Sprechweise ziemlich egal, wenn es um ihren Arbeitsplatz geht und sie befürchten muss, arbeitslos zu werden. Wer diese systemrelevanten Menschen nicht auf dem Radar hat, soll sich nicht wundern, wenn sie bei der nächsten Wahl ihr Kreuz bei der AfD, in den USA bei Trump machen.

Reinhard Schemionek, Wustrow

Ein bisschen Gesundheit gibt es nicht

Dr. Hontschik's Diagnose: „Es gibt nur noch ein Thema“, FR-Panorama vom 14. November

Herr Hontschik bemerkt, dass er geglaubt habe, dass die Menschen im Rahmen der Pandemie begriffen hätten, wie gut und wichtig unser Gesundheitssystem sei. Er zeigt sich verwundert, dass trotzdem die Schließung von 800 Krankenhäusern gefordert würde. Im Besonderen beeindruckt ihn im negativen Sinne die Argumentation der AOK. Er kommt zu dem Schluss, dass das Krankenhaussystem gefördert und dass die Fallpauschalen abgeschafft werden müssten. Das Hauptziel sei Gesundheit und nicht Gewinnerzielung.

Sehr geehrter Herr Hontschik, ich kann Ihnen nur beipflichten. Nur würde diese „Kehrtwende“ bedeuten, dass man selbständig politisch denkt. Genau dies geschieht aber eher nicht. Vor vielen Jahren wurde von Seiten der akademischen Betriebswirtschaftslehre Gewinnmaximierung und Privati-

sierung zum Allheilmittel erklärt, dem hat sich auch die Politik verschworen. Privat geführte Unternehmen seien effizienter als gemeinnützig geführte, so die Argumentation. In der Konsequenz herrscht das Motto „Jeder gegen Jeden“. Es gibt aber Abteilungen/Einrichtungen, die keine Gewinne erzielen können, weil sie z.B. mit Grundlagenforschung beschäftigt sind oder weil sich marktwirtschaftlichen Ansätze auf sie nicht anwenden lassen, weil sie, wie im Gesundheitsbereich, letztlich nicht marktkompatibel sind (ein bisschen Gesundheit gibt es nicht). Der Ansatz, Gewinnmaximierung auf Krankenhäuser zu übertragen, ist mithin realitätsfremd. Die Abschaffung der Kameralistik – einfacher gesagt: das Wirtschaften nach dem Motto „Alle für Einen, Einer für Alle“ – verschärft die Situation. Hauptanliegen wäre für nicht zwingend gewinnorientierte Un-

ternehmungen, dass am Ende des Geschäftsjahres eine schwarze Null steht. Was aber, wenn alle dem Credo entsprechend gewinnorientiert arbeiten müssen? Krankenhäuser, Kommunen, Krankenkassen? Hintergründig dafür ist, dass das Gewinnmaximierungsprinzip die herrschende betriebswirtschaftliche Lehre darstellt. Wenn dem so ist, ist es nur logisch, dass alle sich daran halten, denn damit steht man auf der akademisch legitimierte Seite.

Sollte man aufgrund selbständigen Denkens zu einem anderen Ergebnis kommen, stellt man sich gegen die herrschende Lehre, wäre ein Abweichter, weniger legitimiert, schon im Ansatz argumentativ geschwächt. Die Konsequenz kann nur sein, dass eine breite Diskussion darüber geführt wird, ob betriebswirtschaftliche Ansätze überall zu gelten haben.

Rüdiger Erdmann, Pattensen